

der Bündnisfrage im Bund bedeutet aber nicht, dass die abstrakte landespolitische Führungsfrage an sich (erstmal ein Ministerpräsident der Linkspartei) dauerhaft im Zentrum der Auseinandersetzung stehen wird – so lange Ramelow nicht Profilneurosen entwickelt und meint, er müsse sich selbst als Unikat präsentieren. Wichtig ist, wie klug er mit dem Umstand umgeht, dass er ab sofort in Berlin die Kameras auf sich zieht. Denn im Bundesrat und in der Ministerpräsidentenkonferenz wird mit ihm auch optisch deutlicher werden, dass die Linkspartei schon heute eine gewisse (Rand-)Rolle bei der bundespolitischen Mehrheitsfindung hat.

Denn es ist nun mal so, dass die große Bundestagskoalition im Bundesrat schon lange keine Mehrheit mehr hat, Rot-Grün aber auch nicht. Wenn es gegen die Bundestagsmehrheit geht und um die Finanzforderungen der Länder bei allem und jedem Anlass, wird die Linkspartei (jetzt: Regierungsbeteiligungen in Brandenburg und Thüringen) meistens mitstimmen. Für eine positive Gestaltungsmehrheit würde

sie aber auch gebraucht. Und in der Ministerpräsidentenkonferenz, wo Beschlüsse einstimmig gefasst werden, kommt es jetzt erstmals auch auf sie an.

Das verstärkt einerseits die Notwendigkeit, innerhalb der Linkspartei interne Auseinandersetzungen endlich auch auszutragen statt sie so, als wäre man Opposition, zu ignorieren und zu überdecken. Diese Diskurs- und Entscheidungsverweigerung ist es ja gerade, die bislang die linkspopulistischen Realitätsverweigerer in den Reihen der Partei schützt und die Linkspartei in den West-Ländern und im Bund so regierungsunfähig macht.

Hoffentlich wird diese systematische Realitätsflucht jetzt schwieriger. Denn dann wird die Frage nach dem, was real passiert, umso spannender. Die Frage, ob die Regierung in Erfurt wirklich den Kampf um die politische Kultur aufnimmt, ob sie sich als progressiv erweist – oder als dann doch wieder auf andere Weise konservativ, ob sie eigene Impulse hat gegen die bräsig, veränderungsfeindliche Grundstimmung in Merkelland.



Richard Meng

ist Sozialwissenschaftler, Publizist und Mitglied im Redaktionsbeirat der NG/FH. 2007–2014 war er Sprecher des Senats von Berlin.

Jens Gmeiner

Vom langsamen Verlust der Hegemonie

Die schwedische Sozialdemokratie nach der Wahl 2014

Gewonnen und irgendwie trotzdem verloren. So könnte man die schwedische Parlamentswahl 2014 im Hinblick auf das sozialdemokratische Wahlergebnis zusammenfassen. Zwar konnte die sozialdemokratische SAP geringe Zugewinne verbuchen (0,35 Prozentpunkte) und kam auf 31 %. Gemessen an den angestrebten 35 %,

die vom sozialdemokratischen Wahlstrategen Jan Larsson als Ziel ausgegeben worden waren, ist das Ergebnis dennoch eine herbe Enttäuschung. Auch wenn die Partei wieder klar die stärkste Kraft geworden ist und die liberalkonservativen Moderaten mit 23 % fast sieben Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2010 verloren haben. Die

Hochzeiten der Partei sind unbestreitbar vorbei. Die Mitte-Links-Parteien, bestehend aus Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei haben 4,4 Prozentpunkte mehr als die bürgerliche Vier-Parteien-Koalition des liberalkonservativen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt erzielt, für eine absolute Mehrheit hat es aber nicht erreicht. Das liegt vor allem an den rechts-populistischen Schwedendemokraten, die mit knapp 13 % erdrurtschartige Zugewinne verbuchen konnten.

Die schwedischen Sozialdemokraten haben mit den 31 % bei der diesjährigen Wahl ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1921 eingefahren. Und das, obwohl die bürgerliche Regierung wegen ihrer massiven Steuersenkungen und der steigenden sozialen Ungleichheit in der Kritik stand. Insofern waren die Ausgangsbedingungen für die SAP recht günstig. Wie mag ihr Ergebnis erst aussehen, wenn schlechtere Bedingungen vorherrschen?

Bereits Anfang Dezember, also genau zwei Monate nachdem die SAP mit den Grünen eine Minderheitsregierung bilden konnte, war das fragile Bündnis schon wieder am Ende. Die Schwedendemokraten hatten dem Haushaltsentwurf der rot-grünen Minderheitsregierung ihre Zustimmung verweigert und – entgegen der Annahmen der Regierung – für den Etatentwurf der bürgerlichen Opposition gestimmt. Ein sichtlich verbitterter Ministerpräsident Stefan Löfven trat vor die Kameras und verkündete, dass er für den 22. März 2015 Neuwahlen ansetzen wolle. Eine Flucht nach vorne, könnte man meinen.

Das alles zeigt, dass Löfven nicht nur nach der Wahl mit schwierigen Mehrheitsverhältnissen zu kämpfen hatte. Er und seine Partei stehen zugleich vor großen strukturellen, programmatischen und bündnispolitischen Herausforderungen, welche die ehemals erfolgreichste sozialdemokratische Partei Europas auch in Zukunft unter Anpassungsdruck setzen wird.

»Zukunftspartei« (*framtidspartiet*), so

etikettiert sich die SAP seit 2012, um ihren angeblich modernen Kurs zu unterstreichen. Gefruchtet hat diese Strategie bei der Wahl 2014 allerdings nicht. Bei der Wählergruppe der Über-65-Jährigen erhielt die Partei den meisten Zuspruch, während Jüngere zumeist für die Grünen, die Feministische Initiative (FI) und die Linkspartei votierten. Das Wahlergebnis der schwedischen Genossen verkörpert daher mehr Vergangenheit als Zukunft, mehr Status quo als Aufbruch. Die Ursachen für den unterdurchschnittlichen Rückhalt in jugendlichen Wählerschichten sind vielfältig: Zum einen ist die Partei überaltert und ein Großteil der Mitglieder wurde in den goldenen 60er und 70er Jahren sozialisiert, als der Wohlfahrtsstaat intakt und der globale Wettbewerbsdruck noch geringer war. Die Mehrheit der Mitglieder steht am Ende des Arbeitslebens oder ist bereits im Ruhestand. Der Parteivorsitzende Stefan Löfven (Jahrgang 1957) dürfte wohl auch nicht als Wählermagnet für die Jugend fungiert haben. Zudem werden die Mitglieder nicht nur älter, sondern auch immer weniger. In den 80er Jahren hatte die SAP durch den Kollektivanschluss mit den LO-Gewerkschaften (Dachverband der schwedischen Gewerkschaften: LO = *Landsorganisationen i Sverige*) noch 1,2 Millionen Mitglieder in einem Land mit damals acht Millionen Einwohnern. Heute gehören der Partei nicht einmal mehr 100.000 Mitglieder an, obwohl sich die Bevölkerungszahl auf 9,6 Millionen erhöht hat. Die Mitgliederzahl des Jugendverbandes SSU ist von 60.000 in den 70er Jahren auf gegenwärtig unter 10.000 gesunken. Die Anbindung an progressive Strömungen und Bewegungen gelingt daher immer schwerer, weil Verbindungen zum politischen Vorfeld erodiert sind und gesellschaftliche Seismografen fehlen, welche neue Themen in die Partei einspeisen können.

Die Sozialdemokratie in Schweden war niemals nur eine Organisation, sondern eine Bewegung, die mit ihren zahlreichen

vorpolitischen Kanälen die Bevölkerung prägte, in breite Schichten hineinhörte und dadurch Veränderungen antizipierte. Besonders die Verwurzelung im traditionellen Arbeitermilieu und die hohe organisatorische Dichte über Mietvereinigungen, Kooperativen, Bildungseinrichtungen, Verlage und die Arbeiterdachgewerkschaft LO sorgten für weltanschauliche und personelle Verbindungen über den politischen Bereich hinaus. Die Veränderungen der Klassenstruktur, die ökonomischen und medialen Transformationen sowie die Generationswechsel haben allerdings das engmaschige Milieu der Arbeiterbewegung erodieren lassen und neue Räume für parteipolitische Konkurrenten eröffnet. Besonders sichtbar wird dieser Abwärtstrend bei den LO-Mitgliedern. Votierten in den 60er Jahren 80 % für die SAP, waren es bei der Wahl 2014 noch 50 %. Wahlforscher sprechen davon, dass die SAP gar nur noch zwischen 20 und 25 % Stammwähler/innen besitzen würde.

Das demografische Ungleichgewicht der Wähler schlägt sich auch geografisch nieder. Die SAP schnitt in den boomenden Großstädten und den Universitätszentren bei der Wahl unterdurchschnittlich ab, während sie in den mittelgroßen Industriestädten und im gering besiedelten Nordschweden ihre Hochburgen besaß. Im wachsenden dienstleistungsintensiven Teil Schwedens (*Tillväxt-Sverige*) der Metropolen ist die Organisationsdichte der Gewerkschaften und der SAP besonders gering, aber hier wohnen die meisten Wähler/innen des Landes. Allein im Großraum Stockholm leben über 20 % der schwedischen Bevölkerung. In Stockholm schnitt die SAP bei der Wahl allerdings am schlechtesten ab. Sozialdemokratische Erosionstendenzen zeigen sich aber auch abseits der Großstädte. In den ländlichen Regionen kommt die Konkurrenz vermehrt von rechts, wo die Schwedendemokraten das teilweise parteipolitisch verwaiste Terrain besetzen und nicht nur mit einer restrikti-

veren Einwanderungspolitik punkten, sondern zusätzlich auf der Klaviatur des Konflikts zwischen Zentrum und Peripherie spielen. Viele ländliche Gebiete und mittelgroße Industriestädte sind von Abwanderung, einer alternden Bevölkerung und Infrastrukturproblemen bedroht. Neben südschwedischen Regionen wie Blekinge und Schonen, wo die Rechtspopulisten schon immer einen hohen Rückhalt hatten, dringen die Schwedendemokraten nun ebenfalls in die Industriegürtel nach Mittel- und Nordschweden vor, dort wo die SAP traditionell ihre Hochburgen besitzt.

Und noch weitere Entwicklungen drohen die Machtposition der SAP langfristig zu untergraben. Der sozialdemokratische Presseverlag (*A-pressen*), der zu seiner Hochphase noch 30 Zeitungen herausgab, musste 1992 Konkurs anmelden. Heute gibt es mit der Tageszeitung *Aftonbladet* nur noch eine überregionale Zeitung, die der Arbeiterbewegung zuzurechnen ist. Bürgerliche Leitmedien dominieren die Zeitungslandschaft. Dies gilt auch für den Bereich der Think Tanks. Während die schwedischen Sozialdemokraten ihr intellektuelles Arsenal und die enge Anbindung an die gewerkschaftsnahen Think Tanks sukzessive einbüßten, haben wirtschaftsnahen Denkfabriken und die Politikberatung rechts der Mitte seit den 80er Jahren kräftig aufgerüstet. Die wirtschaftsnahen Think Tanks *Timbro* und *Ratio* haben nicht nur über Jahrzehnte hinweg den marktwirtschaftlichen Umbau des Wohlfahrtsstaates propagiert, sondern auch den medialen und politischen Diskurs maßgeblich in diese Richtung gelenkt. Im Zuge der Medialisierung und Professionalisierung von Politik, die seit den 80er Jahren in Schweden Fahrt aufgenommen hat, sind die bürgerlichen Parteien klar im Vorteil. Die PR-Branche in Schweden ist personell und teilweise inhaltlich eng verwoben mit den liberalkonservativen Moderaten.

Das beste Beispiel hierfür ist, dass sich die liberalkonservativen Moderaten

einem Imagewandel unterworfen und nun als »neue Moderate« daherkommen und den schwedischen Wohlfahrtsstaat semantisch und inhaltlich umarmen. Die Personalunion von PR-Branche und Politik verkörperte ab 2004 sinnbildlich der Werbeprofi Per Schlingmann, der den Wandlungsprozess der Moderaten sprachlich und medial in Szene setzte. Von Steuer-senkungen sollten nun vor allem niedrige und mittlere Einkommen profitieren, das Arbeitsrecht sollte unangetastet sowie die Steuerfinanzierung des Wohlfahrtsstaates erhalten bleiben. »Schweden ins Arbeiten bringen«, die Formel der Moderaten, schuf damit eine konturscharfe Konfliktlinie zwischen fleißigen Arbeitnehmern und passiven Beitragsabhängigen, die es mit Sozialkürzungen zu motivieren gelte. Steuer-senkungen sollten gerade dazu dienen, Arbeitsplätze zu schaffen und nicht den Sozialstaat zu beschneiden. Die Konservativen wilderten im Terrain der Sozialdemokraten, die sich stets als patentierte Eigentümer des schwedischen Modells gefühlt hatten, und luden dieses mit eigenen Bedeutungen auf.

Allerdings haben die schwedischen Sozialdemokraten den reformierten Konservativen und ihrer semantischen Enteignungspolitik selber in die Hände gespielt, als sie Mitte der 90er Jahre im Zuge der Krisenpolitik ihren Fokus auf Austerität, Privatisierungen und soziale Kürzungen legten und die vom konservativen Ministerpräsidenten Carl Bildt betriebene Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik teilweise weiterführten. Insofern waren bürgerliche Kernforderungen erfüllt und entsprechende ökonomische Weichenstellungen bereits erfolgt, als die reformierten Konservativen unter Reinfeldt 2006 an die Macht kamen. Eine alternative Gesellschaftsvorstellung konnte die SAP seitdem nicht mehr präsentieren und laboriert an den Spätfolgen der eigenen Krisenpolitik aus der Zeit, als viele politische Gewissheiten und eine alternative Gesellschaftsana-

lyse erodierten. Der Patient, der Wohlfahrtsstaat, hatte durch die sozialdemokratische Krisenpolitik der 90er Jahre überlebt. Aber der Arzt, so Klaus Petersen und Urban Lundberg, befindet sich seitdem in einem kritischen Zustand.

Acht Jahre Opposition haben die Sozialdemokraten zudem verunsichert und noch deutungsschwächer gemacht. Das ist umso erstaunlicher, weil in den letzten Jahren sozialdemokratische Kernthemen quasi auf der Straße lagen und in den sozialdemokratischen Think Tanks, den Studentenverbänden und den gewerkschaftsnahen Instituten eine ideelle Mobilisierung stattgefunden hat. Allerdings dringen diese Debatten bisher nicht fühlbar in die Parteiführung vor, befruchten nicht den programmatischen Diskurs, die sozialdemokratische Agenda. Vielmehr drehte sich bei der Wahl 2014 viel um Regierungsvermögen, Haushaltsstabilität und wirtschaftliche »Vernunft«. Damit rückten andere Konfliktstrukturen ins Zentrum. Dazu gehörten vornehmlich ethnische Identitätsfragen, die sich wiederum an den Zugangsrechten zum Wohlfahrtsstaat entzündeten. Das »Volksheim von rechts« der Schwedendemokraten trifft mit der Mischung aus ethnischer Ausgrenzung, Elitenkritik und Nationalchauvinismus immer häufiger auf Zustimmung. 13 % haben bei der Wahl 2014 für die Rechtspopulisten votiert – ein Plus von über sieben Prozentpunkten.

Und die schwedischen Sozialdemokraten, die angebliche »Zukunftspartei« Schwedens, befindet sich wie Teile ihrer Wählerschaft im Zangengriff der politischen Konkurrenz. Auf der einen Seite stehen die reformierten Konservativen, die ihre wohlfahrtsstaatliche Agenda mit geschickter PR nach außen tragen und sich als moderne Erben der Sozialdemokraten ausgeben. Auf der anderen Seite die Rechtspopulisten, die mit ihrer xenophoben Rhetorik ein nostalgisches Volksheimmodell propagieren und damit verunsicherte Wäh-

ler/innen der beiden Großparteien gewinnen. Der Weg in die Zukunft führt über den Wohlfahrtsstaat, der zum Hauptkampfplatz der politischen Auseinandersetzung avanciert ist. Doch bildet für die Wählerschaft, so der Stockholmer Zeithistoriker Urban Lundberg, nicht mehr nur allein die SAP das stärkste Bollwerk des Wohlfahrtsstaates.

Die erdrutschartigen Zugewinne der Schwedendemokraten bei der Wahl 2014 haben auch die Machtarithmetik des Parteienwettbewerbs grundlegend verändert. Die zementierte Blockpolitik zwischen dem Mitte-Links-Lager unter Führung der Sozialdemokraten und dem bürgerlichen Block mit den Moderaten an der Spitze verspricht vorerst keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse mehr. Löfven wurde zwar zum Ministerpräsidenten gewählt, aber seine rot-grüne Minderheitsregierung kam gerade einmal auf 38 %.

Um über Blockgrenzen hinweg Kooperationen schließen zu können, schloss Löfven frühzeitig die Linkspartei aus einer Koalition aus. Die angestrebte Strategie blieb aber ohne Erfolg. Die bürgerlichen Parteien, vor allem die Liberalen und die Zentrumspartei, bewegten sich nicht einen Millimeter in Richtung der rot-grünen Minderheitsregierung. Die bürgerliche Vier-Parteien-Allianz bestand somit nach der Wahl weiter und schränkte den Machtspielraum und den Führungsanspruch der Sozialdemokraten ein. Ob eine Neuwahl viel an der verhärteten Blockpolitik ändern wird, kann zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezweifelt werden. Neuste Umfragen versprechen bisher keine gravierenden Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse in Schweden. Stabile Regierungsbildungen werden damit wohl auch in Zukunft nur schwer möglich sein, solange die Schwedendemokraten

weiterhin isoliert bleiben und sich Grüne sowie die zentristischen bürgerlichen Parteien nicht zu anderen bündnispolitischen Möglichkeiten durchbringen können.

Außerdem mag die SAP die Wahl 2014 gewonnen haben, aber sie hat, so die schwedische Wirtschaftshistorikerin Jenny Andersson, die Gegenwart verloren (*Arena 4/2014*). Will die SAP wieder zur wirklichen »Zukunftspartei« werden, so sollte sie beginnen, die Deutungshoheit über ein Schweden wiederzuerlangen, das sich in den letzten 20 Jahren wie fast kein anderes Land in Europa gewandelt hat. Die Ungleichheit hat nach OECD-Angaben seit Mitte der 90er Jahre überdurchschnittlich zugenommen und die ansteigende Privatisierung und Deregulierung des Wohlfahrtssektors hat Wohlfahrt immer mehr zu einer Handelsware werden lassen; Zugang zu sozialen Dienstleistungen ist immer mehr vom verfügbaren Einkommen abhängig. Die Indizien, dass die sozialen Fliehkräfte im ehemaligen Musterland stärker werden, sind kaum zu übersehen. Man muss sich nur an die Brandnächte in den Vororten von Stockholm im Mai 2013 zurückerinnern, die sich in den Randgürteln der Vorstädte ausbreiteten. Und auch der Erfolg der Schwedendemokraten, die vor allem in der unteren Mittelschicht und der Arbeiterschaft an Rückhalt gewonnen haben, ist ein Alarmsignal.

»Ist in Schweden etwas kaputt gegangen«? So lautete eine der Hauptfragen des Wahlkampfes 2014, die von der SAP gestellt wurde. Die meisten schwedischen Bürger/innen haben die Frage mit Ja beantwortet, aber im Gegenzug nicht für die Sozialdemokraten gestimmt. Dass sich dies bis zu den Neuwahlen im März grundlegend ändern wird, ist bisher eher unwahrscheinlich.



Jens Gmeiner

Politikwissenschaftler und Skandinavist, ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er promoviert über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen seit 2002.

jens.gmeiner@demokratie-goettingen.de